

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 323 | 06/2024 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

PRIDE IS A PROTEST!



AUS DEM INHALT

» Trotz vieler Fortschritte hagelt es Angriffe auf queere Personen und ihre Rechte. Wie können wir eine erfolgreiche **LGBTQIA+-Bewegung** aufbauen?
Schwerpunkt

» Skandale wie die Spionage-Affäre sind kein Zufall: Sie zeigen die schwierige Situation des **österreichischen Kapitalismus zwischen EU und Russland**
Seite 5

» Weltweit erheben sich **Studierende gegen das Massaker in Gaza** – auch in Österreich. Was braucht es, um das Morden zu stoppen?
Seiten 8+17

WER WIR SIND



- » Vorwärts ist die Zeitung der ISA, der Internationalen Sozialistischen Alternative, vormals SLP (Sozialistische LinksPartei). Seit 1983 erscheint diese inzwischen älteste durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung des Landes.
- » Der tägliche Wahnsinn des Kapitalismus zeigt: Es braucht eine sozialistische Zeitung – und eine sozialistische Organisation. Überall Krisen: Die Klimakrise erzeugt Extremwetter, Hunger und Flucht, die Wirtschaftskrise Arbeitslosigkeit und Armut. Die Krise des Kapitalismus bringt Krieg und Zerstörung. Die politische Krise stärkt rechte Kräfte. Das kann Angst machen – und erzeugt Widerstand mit Protesten und Arbeitskämpfen. Denn so kann es einfach nicht weitergehen. Es mangelt nicht an der Bereitschaft, sich zu wehren und zu kämpfen. Doch oft mangelt es am Plan, was konkret zu tun ist, am Programm, das einen echten Ausweg aufzeigt.
- » Als Sozialist*innen sind wir überall dabei, wo sich Menschen gegen Ungerechtigkeiten wehren und verbinden diese Kämpfe mit einer sozialistischen Perspektive.
- » Wir sind aktiv und Teil von Bewegungen gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Mit der sozialistisch feministischen Initiative ROSA führen wir Proteste in frauendominierten Branchen mit dem Widerstand gegen Sexismus und dem Kampf um eine Systemalternative zusammen. Wir bauen als aktive Beschäftigte und kämpferische Betriebsrät*innen Widerstand am Arbeitsplatz auf und kämpfen für einen Kurswechsel der Gewerkschaften.
- » Wir sind international und Teil der “International Socialist Alternative” (ISA), der Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir stehen in den besten Traditionen der österreichischen und internationalen Arbeiter*innenbewegung.
- » Wir sind demokratisch und bei uns gibt es keine Privilegien. Wir diskutieren und entscheiden gemeinsam – und setzen dann gemeinsam um. Wir sind vom Establishment, bürgerlichen Parteien und Konzernen unabhängig und unsere Funktionär*innen beziehen maximal ein Durchschnittseinkommen.
- » Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ haben und hatten nichts mit Sozialismus zu tun.
- » Mehr über unsere Ideen kannst du in dieser Zeitung lesen. Komm zu unseren Aktionen und Treffen, um mit uns zu diskutieren und selbst aktiv zu werden!

TREFFPUNKTE

GRAZ

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

LINZ

jeweils Montag, 18:30 Uhr
Restaurant „Alte Welt“
Hauptplatz 4

SALZBURG

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

WIEN

ISA Wien West

jeweils Montag, 18:30 Uhr
Restaurant „Zypresse“
Westbahnstraße 35A

ISA Wien Nord

jeweils Donnerstag, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

Aktuelle Infos unter slp.at/kalender,
Einwahldaten für Online-Treffen
unter slp@slp.at erfragen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion:

Internationale Sozialistische Alternative, Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien

Herstellungs- und Verlagsort: Wien

DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U

Abo-Zahlungen & Spenden:

IBAN: AT 256000000008812733 | BIC: OPSKATWW

TERMIN DES MONATS

ISA/ROSA-Sommercamp

Eine Woche voller Workshops und Diskussionen mit Sozialist*innen aus verschiedenen Ländern über aktuelle politische Fragen und Perspektiven – mit jeder Menge See und Sonnenschein!

**18.–25.8. | Turnersee/Zablaško jezero
Kärnten/Koroška**
Programm unter: slp.at
Anmelden unter: slp@slp.at

Komm zum Sommercamp von ISA und ROSA!

von Jan Millonig

Die Welt versinkt im Chaos und wir chillen auf einem Sommercamp? Tatsächlich können wir dort in einem angenehmen Umfeld diskutieren und Antworten auf die brennendsten internationalen und gesellschaftlichen Fragen finden: die globale Krise des Kapitalismus, den Klimawandel, den Zusammenbruch der Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsysteme, die zunehmenden militärischen Spannungen zwischen den imperialistischen Blöcken, den Krieg in der Ukraine und das schreckliche Massaker in Gaza, den Rechtsruck, Teuerung, steigende Armut sowie rassistische, sexistische und queerfeindliche Unterdrückung.

Eine Woche „woanders sein“ hilft uns, in entspannter Atmosphäre Diskussionen zu vertiefen und eine Perspektive zu entwickeln. Dabei spielt es keine Rolle, wie viel Vorwissen wir haben. Denn ein Sommercamp ist genau der richtige Rahmen, um allen einen einfachen Einstieg in verschiedene politische Themen zu ermöglichen.

Doch unser Sommercamp soll auch dazu dienen, die Herausforderungen der Zeit gemeinsam zu bewältigen. Denn die Schwäche von linken Kräften und Organisationen der Arbeiter*innenklasse und die Abwesenheit sozialistischer Ideen bzw. radikaler Forderungen machen den Aufbau von Widerstand schwieriger. Deshalb beschäftigen wir uns mit Fragen wie: Was können wir aus Kämpfen weltweit und aus der Geschichte lernen? Wie kann ein Programm aussehen, das jeder Unterdrückung und Ausbeutung den Kampf ansagt – ohne etwas auszulassen? Wie können wir eine Perspektive schaffen, das kapitalistische System tatsächlich zu überwinden? Welche Art der Organisation brauchen wir dafür? Welche Initiativen können einen Unterschied machen? Und welche Kämpfe haben das Potenzial, echte Veränderungen zu bewirken?

Dabei nutzen wir auch die Gelegenheit, um praktische Fähigkeiten zu üben. Denn Analysen alleine lösen die Probleme noch nicht. So kannst du lernen eine Rede zu halten, ein Flugblatt oder einen Artikel zu schreiben oder Kampagnen zu planen.

Wenn du Interesse hast, komm mit uns und sozialistischen Aktivist*innen aus verschiedenen Ländern für eine Woche – in der persönlicher Austausch, Entspannung und Spaß nicht zu kurz kommen – zum einstigen Sablatnigsee / Zablauško jezero (jetzt „Turnersee“) nach Kärnten/Koroška. Wir versprechen dir eine motivierende Erfahrung, die dir und uns allen im Kampf für eine andere Welt helfen wird!

Info

18.–25. August 2024

Ort: Kinderland Feriendorf Turnersee / Sablatnigsee / Zablauško jezero

Kosten: ab 230 € (Sozialtarif: 160 €)

Kinderbetreuung wird vor Ort angeboten.

Details zum genauen Programm (inkl. Themen und Workshops) folgen auf www.slp.at

Interessiert? Schreib uns einfach, um dich anzumelden oder mehr Infos zu bekommen! An: slp@slp.at oder +43660 4292384



Ein Jahr später – Wo ist Babler?

von Yasmin Morag

Vor einem Jahr wurde Andi Babler zum Vorsitzenden der SPÖ gewählt. Welche Lehren können wir vor den Wahlen aus dieser Zeit ziehen?

Mitten in einer tiefen Krise des Kapitalismus, die auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung ausgetragen wird, mit stark steigenden Lebenshaltungskosten, verzweifelten Zuständen im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssektor, Militarisierung und erstarkenden reaktionären Kräften, haben viele auf Bablers linkes Programm als möglichen Weg nach vorne gehofft. In seinen Reden versprach er, die gemeinsamen Interessen der arbeitenden Menschen zu vertreten. Bis zum Sommer 2023 traten rund 14.000 Menschen der SPÖ bei, um Bablers Forderungen zu unterstützen. Forderungen wie eine Millionärssteuer, die Abschaffung der Mehrwertsteuer, eine Obergrenze für die steigenden Preise von Grundnahrungsmitteln und Mieten, eine 32-Stunden-Woche ohne Gehaltsverlust und das Eintreten für die Rechte von Migrant*innen und Asylsuchenden waren zentrale Elemente von Bablers Programm, das er in den ersten Monaten vorstellte. Obwohl noch viel mehr nötig wäre (wie massive Investitionen in den Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsektor, höhere Löhne und eine automatische Anpassung der Löhne an die Inflation): wenn Bablers Forderungen umgesetzt würden, wäre dies ein wichtiger Schritt nach vorne für die Arbeiter*innenklasse.

Bablers anfängliche Selbstbeschreibung als Marxist fand in der Gesellschaft ein Echo – und sprach eine Schicht von Jugendlichen und Arbeiter*innen an, die erkennen, dass das kapitalistische System so einfach nicht weitergehen kann und dass grundlegende Veränderungen notwendig sind. In der Krise des Systems

suchen immer mehr Menschen nach Antworten – und während dies bei einigen zu einer Wendung nach rechts führt, suchen viele nach einer linken oder sogar sozialistischen Alternative und nach einer Partei, die wirklich die Interessen der einfachen arbeitenden Menschen vertreten kann. Das drückte sich im Erfolg der KPÖ bei mehreren Landtagswahlen ebenso aus wie in der anfänglichen Begeisterung für Babler.

Der rote Lack ist ab

Seitdem hat Babler jedoch viele seiner ursprünglichen Positionen aufgeweicht. Während der Enthusiasmus für Babler vor allem durch klar linke Forderung entstand, wurden gerade diese entscheidend abgeschwächt. Mittlerweile sind immer weniger Unterschiede zwischen ihm und dem rechten Flügel der SPÖ sowie sogar zu Elementen in der ÖVP zu erkennen. Während er anfangs klar sagte, dass er nicht mit der ÖVP koalieren werde, ist er nun viel vager. Sein „Kein

Mensch ist illegal“-Ansatz in der Asylpolitik hat sich in Schweigen über das rassistische und entmenschlichende DNA-Test-Dekret der ÖVP verwandelt, zu dem Babler in einem Interview nur meinte, dass diese Tests nichts Neues seien – ohne auch nur ein Wort der Kritik. Auch sein Schweigen zum Ausschluss von SJ-Mitgliedern aus der SPÖ wegen ihres legitimen und notwendigen Aufrufs zu einem Waffenstillstand im Gazastreifen – all dies spiegelt die Inkonsequenz Bablers in der Realität wider.

Babler sagte: „Arbeitende Menschen bekommen nichts umsonst“. Dem stimmen wir zu, aber was hat er in diesem Jahr getan, um den Klassenkampf zu stärken und für Verbesserungen zu kämpfen? Kein Wunder, dass im letzten Jahr viele die SPÖ wieder enttäuscht verlassen haben. Wir brauchen dringend eine wirklich sozialistische Arbeiter*innenpartei – doch eine solche wird die SPÖ nie sein. Das hat die Erfahrung mit Babler einmal mehr gezeigt.

Wir sagen

Um wirkliche Verbesserungen unserer Lebensbedingungen durchzusetzen, müssen wir den Klassenkampf vorantreiben: für massive Investitionen in die Schulen, für Dutzende neue Frauenhäuser und ein Ende der Wartelisten für kostenlose, qualitativ hochwertige psychische Gesundheitsdienste, für Löhne, von denen man leben kann, massiven sozialen Wohnungsbau sowie einen klaren Aufruf zu einem sofortigen Waffenstillstand im Gazastreifen. Breitere und kämpferischere Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz, in Schulen, Universitäten und auf den Straßen hätten auch das Potenzial, linksgerichtete Politiker*innen zu Zugeständnissen und Verbesserungen im Interesse von Arbeiter*innen, Armen und Jugendlichen zu zwingen.

Ein Einzug der KPÖ ins Parlament wäre dafür ein wichtiger Schritt. Bei den Wahlen rufen wir als ISA deshalb dazu auf, KPÖ zu wählen: Am Stimmzettel ist dies das stärkste Signal für linke Politik. Doch die Wahlorientierung und der Stellvertreter*innen-Anspruch der KPÖ wird sich auch als Hindernis für den Aufbau einer wirklich sozialistischen Kraft erweisen: Diese können wir nur gemeinsam in Kämpfen und Bewegungen aufbauen, welche die Macht der Arbeiter*innenklasse durch Streiks und Massenproteste nutzen. Dies ist auch ein notwendiger Schritt im Kampf für eine andere, sozialistische Gesellschaft, die nach unseren Interessen funktioniert – und nicht nach den Profiten der Superreichen.



Foto: Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, CC BY 2.0

Zwischen EU und Russland: Österreichs Balanceakt für Profite

von Peter Hauer

Mit dem Angriffskrieg des russischen Imperialismus auf die Ukraine hat der konkurrierende westlich-imperialistische Block Investitionen in und wirtschaftliche Verbindungen nach Russland eingeschränkt – aber in Österreich gibt es dennoch heute mehr russisches Kapital als zuvor: 500 Millionen Euro an eingefrorenem russischen Kapital sind wieder freigegeben. Österreich dient dabei meist nur als Zwischenstopp – als Einfallstor des russisch-chinesischen in den westlichen Block.

Auf der anderen Seite zeigt die Raiffeisenbank International (RBI), wie notwendig der russische Markt für den österreichischen Kapitalismus ist. Seit Kriegsbeginn sollten sich westliche Unternehmen aus dem russischen Markt zurückziehen. Geplant hatte die RBI, das Kreditgeschäft bis 2026 um 65% zu reduzieren. Das „schaffte“ sie nicht, stattdessen sind über 2.000 Stellen ausgeschrieben. Übersetzt: „Nein, der russische Markt ist uns im Moment zu wichtig“.

Es geht nicht nur um Gas

Wirtschaftlich ist Österreich als Zuliefererland fest im westlichen Block verankert: 30% aller Exporte gehen nach Deutschland alleine. Die herrschenden Kapitalfraktionen erwarten von Regierungen, daran nicht zu rütteln. Es ist also nur logisch, dass die FPÖ,

die sich als Fundamentalopposition präsentiert, schon seit Jahrzehnten gute Verbindungen in konkurrierende Staaten hat. Die Führung der FPÖ war vor Ibiza dominiert von einem pro-russischen Block, bestehend aus Gudenus, Strache, Hofer, Kneissl und Vilimisky. Mit Ibiza wurde dieser Block zwar entmachtet, auch Vilimisky gibt sich weniger EU-kritisch heute. Die Verbindungen zu Russland bestehen aber weiterhin. Egisto Ott verfügt z.B. über enge Beziehungen zur FPÖ-Spitze. Sein Fall zeigt, was für ein großes Spionagenetzwerk Russland in Österreich besitzt. Entsprechend schießen sich die pro-westlichen Parteien auf die FPÖ ein – der Konflikt stellt ein reales Hindernis für eine FPÖ-Regierungsbeteiligung dar.

Auch in Deutschland sehen wir eine Offensive gegen die AFD, die ebenso rechtsextrem und verbandelt mit der imperialistischen Konkurrenz ist: Fast täglich gibt es neue Vorwürfe, Durchsuchungen oder Anklagen. Ihren Spitzenkandidaten musste die AFD vor allem wegen seiner Verstrickungen mit chinesischer Spionage fallen lassen. Die finanziellen Mittel der EU für Ungarn werden aufgrund

des freundlichen Kurses gegenüber Moskau eingefroren.

Geeint ist die EU dabei jedoch nicht. Auch wenn sich die ÖVP zur EU bekennt, ist die konkrete Politik doch russlandfreundlich. So lehnt sie etwa Offenlegungen über russisches Gas in Österreich ab. Im Februar 2024 stammten noch immer 87% des Gases aus Russland – der österreichische Kapitalismus ist damit trotz West-Integration auch stark von Russland abhängig: Erhöhte Energiepreise zerran an der fragilen österreichischen Wirtschaft, eine weitere Verschärfung könnte die Wirtschaftskrise wieder stärker ins Rollen bringen.

Dem könnte das Kapital durch einen russlandfreundlicheren Kurs (etwa mit einer FPÖ-Regierungsbeteiligung) gegensteuern. Das würde jedoch eine Abwendung von der EU bedeuten, auf die das Kapital für seine Exporte angewiesen ist. Hinter diesem Dilemma stehen die verschiedenen Profitinteressen unterschiedlich ausgerichteter Kapitalfraktionen – die nächste Regierung wird eine Gratwanderung dazwischen hinlegen.

Als internationale Sozialist*innen stehen wir nicht auf der Seite eines der imperialistischen Blöcke, sondern gegen die imperialistische Konkurrenz an sich. Wir brauchen unabhängige

Gewerkschaften und Parteien, die den Revierkämpfen der Mächtigen die internationale Solidarität von Arbeiter*innen und Jugendlichen entgegenstellen.

Info



Linke Erfolge bei den AK-Wahlen!

von **Michael Gehmacher**,
Betriebsrat im Samariterbund - WSD

Oberflächlich gesehen hat sich in den Arbeiterkammern nicht viel verändert. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsfraktion „FSG“ bleibt bundesweit am Ruder. Die ÖVP-nahe FCG dominiert die AKs in Tirol und Vorarlberg.

Schaut man genauer hin, sieht man ein paar spannende Phänomene. Die ÖVP-Gewerkschafter*innen erlitten teils herbe Verluste (etwa in OÖ). Es scheint, als würde das traditionelle, konservative AK-Wähler*innenpotential (katholisch geprägte Arbeitnehmer*innen, besser verdienende Angestellte usw.) langsam wegschmelzen.

Die FPÖ-Gewerkschafter hatten mal leichte Verluste, mal leichte Gewinne – aber nirgendwo einen großen Durchbruch. Für eine mögliche Kanzlerpartei und selbsternannte Arbeiter*innenpartei ein schwaches Wahlergebnis. Immerhin verfügt die FPÖ auch über enorme Finanzmittel.

Linke AK-Fraktionen sind immer noch sehr klein, aber die Zuwächse sind beachtlich. Insgesamt hat die Linke jetzt 11 Mandate mehr. Dazu kamen in einigen Bundesländern noch Stimmengewinne ohne Mandatsgewinne hinzu. Die Ergebnisse in Niederösterreich, wo Komintern (Kommunistische Gewerkschafter*innen international) mit 2 Mandaten in die Vollversammlung einzog und in Wien (plus 2 für Komintern und der Einzug von LINKS mit 4 Mandaten) zeigen klar, dass es bei vielen Arbeitnehmer*innen einen Wunsch nach

Widerstand und linkem Gegengewicht gibt. Typisch dafür ist auch, dass in Tirol die „Gewerkschaftliche Linke“ in die AK-Vollversammlung einzog und die neugegründete „Kommunistische Liste“ 1.307 Stimmen erhielt, für ein katholisches Bundesland wie Tirol ein bemerkenswertes Ergebnis. Es zeigt, dass sich viele Menschen eine linke, antikapitalistische Alternative wünschen. Wichtig für den linken Erfolg ist die Verbindung zu aktuellen Arbeitskämpfen. Der Wahlerfolg von Komintern ist klar mit dem aktuellen Arbeitskampf in der Freizeitpädagogik, und dem Einsatz von Selma Schacht (Betriebsratsvorsitzende bei BIM und Komintern Spitzenkandidatin in Wien) verbunden.

Das AK-Wahlergebnis zeigt aber auch, dass es trotz Versagen der Gewerkschaftsspitzen immer noch viele Arbeitnehmer*innen politisch bewusst die Sozialdemokratie unterstützen. Die Linke hat in AK und ÖGB die Aufgabe, diesen Kolleg*innen ein gutes Angebot auf Zusammenarbeit (etwa bei Lohnkämpfen) zu machen. Ein „links liegen“ der politisch bewussten sozialdemokratischen AK-Wähler*innen wäre ein Fehler. Die verschiedenen linken AK-Gruppen müssen jetzt auf dem guten Wahlergebnis aufbauen. Es gilt die AK-Vollversammlungen als Bühne für soziale Bewegungen und betriebliche Kämpfe zu nutzen, und Initiativen zur Unterstützung von Arbeitskämpfen zu setzen. Trotz Streiks und hoher Kampfbereitschaft gelangen 2023 z.B. im Handel und bei den Metalwerker*innen nur mäßige Lohnabschlüsse. Die Verantwortung dafür liegt bei

der falschen sozialpartnerschaftlichen Politik der FSG-Spitze (typisch dafür der große Fehler mit der Öffnungsklausel im Metallbereich). Dem gilt es einen demokratischen und kämpferischen (etwa mit bindenden Urabstimmungen) und klassenkämpferischen (etwa mit gemeinsamen Streiks) Kurs entgegenzusetzen. Die AK-Vollversammlungen bieten eine gute Möglichkeit, diese Ideen zu bewerben und die Fehler der FSG-Spitze aufzuzeigen. Die ISA und ihre Aktivist*innen in den Betrieben werden versuchen, dazu Initiativen zu setzen.

Info

- » **Vorarlberg: Stimmenzuwachs für den Gewerkschaftliche Linksblock (GLB)**
- » **Tirol: Einzug der „Gewerkschaftlichen Linken“ und 1.307 Stimmen für die „Kommunistische Liste“**
- » **Salzburg und OÖ: Stimmenzuwachs beim GLB**
- » **Kärnten: Stimmenverluste für den GLB**
- » **NÖ: 2 Mandate für Komintern**
- » **Wien: Stimmenzuwächse beim GLB, Komintern steigert sich von 1 auf 3 Mandate, LINKS zieht mit 4 Mandaten ein**
- » **Steiermark: GLB gewinnt 2 Mandate (5 auf 7)**

Schulen: Die tägliche Katastrophe

Ausschnitte aus dem Flugblatt, welches ISA- und ROSA-Aktivist*innen am Bildungsaktionstag verteilen

Unser Bildungssystem brennt: von Lehrer*innen- und Personalmangel bis hin zu rassistischen Strukturen wie Deutschförderklassen. Fehlende Ressourcen, Rassismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit sind eine katastrophale Mischung. Wachsende Klassen und massiver Personalmangel, Queerfeindlichkeit, Kleidervorschriften, Repressionen gegen Palästina-Solidarität und Angriffe auf die Freizeitpädagogik – die Situation verschlechtert sich und wird sich im Falle einer neuen FPÖVP-Regierung noch verschärfen. Kinder, die unter Armut, Rassismus, psychischen Problemen leiden sowie queere Jugendliche, sind von der katastrophalen Situation im Bildungssystem überproportional betroffen. Es ist dringend



nötig, den Kampf dagegen aufzubauen!

Wir kämpfen für ein antirassistisches, queerinklusives, antisexistisches, kostenloses und sicheres Bildungssystem. Nein zu einem Zwei-Klassen-Bildungssystem! Organisieren wir uns jetzt, folgen wir dem Beispiel der Freizeitpädagog*innen und bereiten wir uns auf Schüler*innen und Lehrer*innenstreiks vor! Der gemeinsame Kampf ist notwendig, um für das Bildungssystem, das wir brauchen, und gegen die Angriffe

zu kämpfen. Es ist ein erster Schritt, wenn wir uns rund um den Bildungsaktionstag und die Pride-Proteste in unseren Schulen und Stadtteilen vernetzen und diskutieren, welche Forderungen wir stellen müssen. Unsere Klassenzimmer sind nicht unpolitisch, egal wie sehr sie uns das einreden wollen. Sie sind eine wichtige Arena für uns, um zu diskutieren, zu organisieren und zu kämpfen!

Wofür wir im Bildungsbereich kämpfen

- » Gegen jegliche Kürzungen und Angriffe im Bildungsbereich! Für massive Investitionen, höhere Löhne, kleinere Klassen, mehr Lehrer*innen, Personal, Ressourcen – finanziert nach Bedarf! Keine Containerklassen mehr!
- » Nein zu Rassismus, nein zu Deutschförderklassen! Für das Recht, andere Sprachen als Deutsch zu sprechen, für echte Inklusion und eine gemeinsame Pflichtschule für alle – für die notwendigen Ressourcen und eine massive Aufstockung des Personals für echte (Deutsch-)Förderung!
- » Ein sofortiges Ende aller sexistischen, queerfeindlichen und rassistischen Kleiderordnungen!
- » Gründen wir Schulkomitees, um den Kampf für die massiv benötigten Mittel zu organisieren, gegen Rechts und gegen jeden queerfeindlichen, sexistischen und rassistischen Angriff auf unsere Rechte zu kämpfen!
- » Bauen wir auf der Basis dieser Komitees demokratisch gewählte Anlaufstellen an jeder Schule auf, um Diskriminierung und Belästigung zu bekämpfen und eine queerinklusive und altersgerechte Sexualerziehung sowie eine antirassistische, feministische Bildung zu entwickeln, die sich an unseren Bedürfnissen orientiert!
- » Dem Burnout ein Ende setzen: Massive Investitionen in eine gute (psychische) Gesundheitsversorgung für Schüler*innen und Lehrer*innen, insbesondere für trans Jugendliche und Geflüchtete! Milliarden für psychische Gesundheit für alle – keine Wartelisten mehr!
- » All das finanziert durch die Gewinne der Reichen und die Enteignung von Großunternehmen, die auf unserem Rücken Gewinne machen!
- » Wer kontrolliert das Bildungssystem? Bildung für alle bedeutet Kontrolle durch die wirklichen Expert*innen: Lehrer*innen, Pädagog*innen, Eltern, Schüler*innen, Studierende – Für ein Bildungssystem, das wir organisieren und verwalten!
- » Es gibt keine gute Bildung in einem kaputten System – Gemeinsam gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem und für eine sozialistische Gesellschaft frei von Krieg, Zerstörung, Armut und Diskriminierung!

ROSA an der Uni!

von Emelie Marie Amann

Wir als ROSA haben im Mai angefangen uns an der Uni Wien zu organisieren. Denn gerade jetzt braucht es Zusammenhalt und Solidarität, z.B. mit allen Studierenden weltweit, die sich standhaft gegen das blutige Massaker in Gaza stellen und sich dadurch jeden Tag gegen die Repression einsetzen müssen: „Lasst Gaza leben, lasst Gaza frei!“

Uns als ROSA fehlte der offene Raum, sich an der Uni Wien politisch zu engagieren, gemeinsam Themen anzusprechen, zu mobilisieren und zusammen Ideen umzusetzen. Genau das wollen wir ändern, indem wir ROSA an die Uni bringen. Zu Beginn haben wir eine Umfrage erstellt zu jeder Form von Diskriminierung an der Universität. Rassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit, Repression und Prekarisierung sind Alltag an unseren Universitäten, was auch die Umfrage nochmal aufzeigen konnte. Die Ergebnisse und Antworten (anonymisiert) haben wir dann auch zu unserem ersten ROSA Uni-Treffen am 7.5. am Institut für Germanistik mitgenommen und gemeinsam besprochen.

„Gemeinsam besprechen“, das ist es, wofür wir als ROSA an der Uni



stehen wollen. Wir möchten einen Ort schaffen, um aktiv werden zu können, mit sozialistischen Feminist*innen in den Austausch zu kommen und gemeinsam Aktionen und Kampagnen zu planen. Bei unserem ersten Treffen haben wir ROSA und die Ideen des sozialistischen Feminismus vorgestellt, über das Massaker in Gaza gesprochen und die Umfrage diskutiert, wir sind in ein ausgiebiges Gespräch eingetaucht und gegen Ende haben wir uns noch auf den Weg zum Campus ins Alte AKH gemacht, um uns mit den Protestierenden zu solidarisieren. Dort wurden wir sehr herzlich als Solidemo begrüßt. ROSA hat das Gaza-Solidaritätscamp

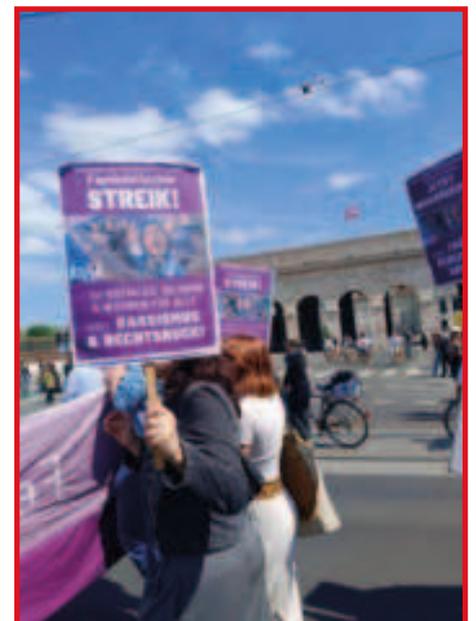
von Anfang an unterstützt und vor Ort mitgeholfen, wir haben ein ausführliches Flugblatt dazu geschrieben, mit unserem Programm und unseren Forderungen. ROSA-Aktivist*innen haben Soli-Statements verfasst (Sarah als Pflichtschullehrerin und Sebastian als Uni-Beschäftigter) und wir waren beim Widerstand gegen die Räumung dabei.

Uns hat es sehr gefreut, dass so viele Personen aus dem universitären, aber auch außeruniversitären Kontext dabei waren, um sich zu organisieren und politisch zu engagieren. Und das war noch lange nicht alles, wir werden weitermachen und uns nicht einschüchtern lassen.

1. Mai: Wir erinnern, wofür wir kämpfen

Der 1. Mai stand heuer im Zeichen des Widerstands gegen Rechtsruck und Krise sowie von Erfolgen auf der Linken. ISA- und ROSA-Aktivist*innen haben gemeinsam diverse Demos am 1. Mai in Wien, Graz, Linz und Salzburg besucht. Wir haben diesen traditionellen Kampftag der Arbeiter*innenklasse genutzt, um gegen jede Form der Ausbeutung und Unterdrückung aufzutreten. Unser Ziel ist klar: den Aufbau einer weltweiten Bewegung gegen das kapitalistische System mit all seinen furchtbaren Auswüchsen – wie Teuerungs- Klima- oder Care-Krise, unmenschliche Arbeitsbedingungen, den Kriegen in Gaza und der Ukraine oder rassistische und sexistische Gewalt. Besonders auf den Demonstrationen der KPÖ haben wir

unsere Zeitung VORWÄRTS, die in ihrer Mai-Ausgabe einen Schwerpunkt zu den nächsten Wahlen beinhaltete, angeboten. Auch wir wollen die KPÖ ins Parlament bringen, aber um tatsächlich reale Verbesserungen zu erreichen, müssen wir auch Widerstand auf der Straße und in den Betrieben aufbauen. Es ist zu befürchten, dass der Wahlkampf von rassistischer, sexistischer und queerfeindlicher Hetze dominiert wird. Dem müssen wir offensiv entgegenreten! Die Linke muss bei jeden Angriff der Herrschenden auf die unterdrücktesten Teile der Arbeiter*innenklasse klare Kante zeigen, in ihrem Wahlprogramm und durch Proteste! Der kämpferische Auftritt von ISA und ROSA am 1. Mai tat genau das!



VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 323 | 06/2024

SCHWERPUNKT

ISA
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE



FÜR EINE KÄMPFERISCHE, POLITISCHE PRIDE!

von Leah S.

Der Juni ist Pride-Month, in dem es darum geht, für die Sichtbarkeit von queeren Menschen zu kämpfen. Doch wir haben heute mehr Rechte denn je, warum braucht es eine kämpferische LGBTQIA+-Bewegung?

Queere Menschen sind weiterhin in fast allen Lebensbereichen Diskriminierung ausgesetzt. Eine aktuelle Befragung der Stadt Linz spricht von körperlichen Übergriffen und alltäglicher Diskriminierung gegen queere Menschen und behauptet gleichzeitig, dass Linz eine LGBTQIA+-freundliche Stadt sei. Bedeutet LGBTQIA+-freundlich also, dass Gewalt und Diskriminierung toleriert werden?

Auch die anstehenden Wahlen im Herbst sind besorgniserregend. Eine türkis-blaue Koalition wird zu einer Gefährdung aller marginalisierten Gruppen, wie Migrant*innen, Frauen

und eben auch queeren Menschen führen. Kanzler Nehammers „Österreichplan“ skizziert bereits die Einschränkungen für trans-Personen, indem er Hormonbehandlungen für Jugendliche verbieten will. Er bezeichnet diese als „fragwürdig“ mit „nicht abschätzbaren Folgen“. Das Verbot der Hormonbehandlung hat hingegen sehr abschätzbare und dramatische Folgen für das Leben von jungen trans-Personen.

Diese Einschränkungen sind erst der Anfang und werden noch weitergehen. Denn rechtsgerichtete Parteien in Europa nutzen diese Strategie, um unsere schleichende Unterdrückung voranzutreiben. Nicht nur in Ländern wie Nigeria oder Iran, wo Homosexualität unter Todesstrafe steht – die Rechte und Sicherheit von queeren Menschen sind nirgendwo gesichert. In einigen Bundesstaaten der USA bspw. wurden in den letzten

zwei Jahren Gesetze verabschiedet, die Hormontherapien für Jugendliche oder den Unterricht über sexuelle Orientierung verbieten.

In Europa gibt es ebenfalls bedenkliche Entwicklungen: LGBTQIA+-freie Zonen in Polen, das Verbot gleichgeschlechtlicher Ehen und zunehmende Fälle von Hassreden und Gewalt gegen queere Personen. Die fehlende Akzeptanz und der daraus resultierende LGBTQIA+-Hass sind gefährlich und tödlich. Sie schaffen eine Atmosphäre der ständigen Angst und Unsicherheit für queere Menschen.

Das muss aufhören. Wir müssen eine kämpferische LGBTQIA+-Bewegung aufbauen, um für die Sicherheit und Sichtbarkeit queerer Menschen zu kämpfen. Geben wir uns im Pride Month nicht mit Regenbogenfahnen zufrieden, sondern erinnern wir uns: Pride is a protest!



slp.at



Internationale Sozialistische Alternative (ISA)



@isa_oesterreich

„Regenbogenkapitalismus“ am Ende? LGBTQIA+–Bewegung im Vormarsch!

War der spontane Aufstand rund um das “Stonewall Inn” 1969 in New York noch eine mehrtägige Straßenschlacht mit der Polizei – im Widerstand gegen die alltägliche und brutale Repression – so ist der “Christopher Street Day” (CSD) heute vielerorts ein extrem kommerzialisiertes und entpolitisiertes Festival. Gerade in den 2000er- und Anfang der 2010er-Jahre schien LGBTQIA+ in der Mitte der Gesellschaft angekommen und somit der politische Kampf vermeintlich hinfällig. Diese Situation änderte sich in den letzten Jahren entscheidend. Nicht zum ersten Mal führten gesellschaftliche Krisen, die Inspiration durch andere Kämpfe sowie Angriffe auf die Community zu einer Repolitisierung der Bewegung.

von Jan Millonig

Spätestens mit Trump und seiner queerfeindlichen, rassistischen und sexistischen Politik erlebten wir eine massive Radikalisierung des Kampfes für Frauen- und LGBTQIA+-Rechte sowie große Bewegungen gegen Rassismus. Noch im Jahr seiner Angelobung 2017 wandelten sich viele queere Events und Paraden entweder spontan oder sogar offiziell in Protestmärsche. Das entwickelte sich auch im Zuge einer Reihe von anderen Mobilisierungen in dieser Zeit, wie dem großen “Women’s March” mit weltweit zwei Millionen Teilnehmer*innen.

In Sao Paulo, das für seine großen Regenbogenparaden bekannt ist, brach die Pride 2019 nach dem Amtsantritt Bolsonaros mit 3 Millionen Menschen alle Rekorde. Generell ist der Zuwachs, den Regenbogenparaden in den letzten Jahren vielerorts erleben – trotz rechten Backlashs und Polarisierung – für sich schon ein Zeichen einer zunehmenden Politisierung rund um dieses Thema, selbst wenn die Prides dann trotzdem sehr “party-lastig” sind.

Darüber hinaus gibt es in vielen Städten mittlerweile alternative CSD-Märsche, die einen politischen und linken Protest-Charakter haben. Seit 2021 bringt die “Internationalistische Queer Pride” in Berlin 10.000 Leute auf die Straße. Auch in New York gibt es seit 2019 den “Queer Liberation March”. Aufgrund der Absage der “offiziellen” Pride inmitten der COVID-19-Krise 2020 ersetzte er diese sogar. So kam es nach genau 50 Jahren nach dem ersten “Christopher Street Liberation Day March” 1970 zum ersten Mal wieder zu einer Pride ganz ohne Konzerne und

Rainbow Washing, aber mit 50.000 Menschen! Mehr als das: inspiriert von der #BlackLivesMatter-Bewegung im Jahr davor wurde die Pride als Protest gegen Anti-Schwarzen-Rassismus und Polizeigewalt abgehalten. Darüber hinaus waren viele aktuelle Arbeitskämpfe und gewerkschaftliche Bewegungen repräsentiert.

Hier sahen wir, wie die Belastungen durch die Corona-Krise – die gerade queere und andere marginalisierte Gruppen besonders hart traf – und die Inspiration durch andere radikale Bewegungen gegen Unterdrückung auf ein organisatorisches und politisches Vakuum trafen, das begeistert gefüllt wurde. So eine Verbindung und gegenseitige Verstärkung von Bewegungen ist eine Dynamik, die sich als dominantes Charakteristikum durch die aktuelle Periode zieht. So hat die feministische Bewegung massiv zur Politisierung der LGBTQIA+-Bewegung beigetragen und feministische und queere Forderungen greifen immer mehr ineinander.

Eine spezifische Krise heute ist die Gewalt an trans-Personen. Angefangen in den USA, wo Hunderte Gesetze auf bundesstaatlicher Ebene das Leben von trans-Menschen und vor allem Jugendlichen massiv bedrohen, schwappte diese Offensive auch nach Europa. So hat die konservative Regierung in Großbritannien oder Macron in Frankreich bereits solche Gesetze erlassen und (nicht nur!) Rechte in vielen Ländern Europas kopieren diese Art der Hetze – wie jetzt auch Nehammer in Österreich.

Das provozierte vielerorts kämpferische Proteste, getragen vor allem von

Jugendlichen. Generell ist seit ein paar Jahren auffällig, wie präsent Trans-Liberation auf vielen Prides ist. Denn hier zeigt sich besonders drastisch, dass den Herrschenden ihr Leben egal ist und jeder Ausbruch aus den traditionellen Geschlechterrollen offenbar unvereinbar mit diesem System ist. Diesen Kampf gilt es jetzt weiter aufzubauen – um weitere Tote durch Hassverbrechen zu verhindern, Zugang zu qualitativvollen Behandlungen zu garantieren und somit physische und psychische Gesundheit zu erkämpfen! Deshalb haben Aktivist*innen der “Socialist Party” (ISA in Irland) in Dublin bzw. zwei weiteren Städten die “Trans & Inter Pride” ins Leben gerufen. Diese bringt seit 2018 Tausende auf die Straßen.

Abseits der Prides können wir beobachten, wie (früher weniger-zentrale) Aktions-tage, wie der “Trans Remembrance Day” oder der “IDAHOBIT”, immer stärker als Gelegenheit für Proteste und Demonstrationen genutzt werden. Diese



Tage sollten noch weitgehender mit konkreten Forderungen und einer dynamischen Kampagne, die Menschen involviert, gestaltet werden. Deshalb hat ROSA vor ein paar Jahren die Demonstrationen am – bis damals kaum beachteten – Internationalen Tag gegen geschlechtsspezifische Gewalt in Wien und Linz initiiert.

Für eine unabhängige, antikapitalistische Bewegung

Die etablierten Kräfte in der LGBTQIA+-Bewegung sind oft selbst mit dem Establishment verbandelt. Oft laden sie kapitalistische Sponsor*innen für die Pride ein, die z.B. aktiv an transfeindliche Organisationen spenden (wie Magenta in den USA). Oder sie arbeiten mit etablierten Parteien wie den Grünen zusammen, die der homo- und transfeindlichen ÖVP in der Regierung die Stange halten. Diese Kräfte sind nicht willens und fähig, echten Widerstand aufzubauen. In Florida wurden letztes Jahr die offiziellen Pride-Veranstaltungen sogar aus Angst vor dem „Don't say gay“-Gesetz abgesagt. Stattdessen fanden an vielen Schulen Walk-Outs und Proteste statt. Auch in Österreich werden viele Proteste gegen Angriffe auf queeres Leben von eher linken Strukturen organisiert. So ist die A b w e - senheit etablierter/bürgerlicher Kräfte oft auch eine Gelegenheit, Traditionen „neu zu erfinden“ bzw. zurückzuerobern. In Belgien gelang es ROSA unter dem Motto „Pride is a

protest“ in vielen Städten, wo es noch nichts gab, politische Pride-Demonstrationen zu organisieren. Auch die Regenbogenparade in Linz wurde von ISA-Aktivist*innen gemeinsam mit der HOSI überhaupt erst ins Leben gerufen. Auch wenn es 2019 aufgrund unserer Ablehnung, Firmen als Sponsoren auf der Parade zuzulassen, zum Bruch kam, hat sich der „Demonstrationscharakter“ gehalten, weil sie von Anfang an politisch und in diesem Sinne gestaltet war.

Wir sehen aber auch, dass die gesellschaftliche Entwicklung an den etablierten Strukturen nicht vorbei geht. Selbst die Wiener Regenbogenparade thematisierte letztes Jahr rechte Hetze in ihrem Aufruf und hat heuer sogar „Pride is a Demonstration“ als Motto. Das ändert wenig an ihrem Charakter – aber es zeigt, dass sie offensichtlich auf eine Stimmung von unten reagieren müssen bzw. die Angriffe durch die herrschende Politik ihnen eine gewisse Politisierung aufzwingen. Das spiegelt sich vor allem unter den Teilnehmer*innen wider, die unserer Erfahrung nach immer offener für politische Inhalte sind. So sind die Flugblätter, lautstarken Demo-Blöcke und kämpferischen Sprechchöre von ROSA seit Jahren ein Anziehungspunkt vor allem für junge Menschen auf den Prides.

Als sozialistische, queere, feministische Kraft müssen wir jede Chance ergreifen, die Bewegung weiter zu politisieren, Verbindungen zu anderen Kämpfen – z.B. gegen Rassismus oder schlechte Arbeitsbedingungen im Sozialbereich – herzustellen und eine alternative Kampfstrategie zu präsentieren. Dafür müssen wir uns organisieren und Strukturen und Organisationen aufbauen, die queere Rechte nicht nur verteidigen, sondern den Kampf gegen das ganze kapitalistische System, das uns immer wieder jede Würde nahm, aufnehmen kann. Denn wie Audre Lorde es formulierte: *„Die Werkzeuge der Herrscher werden niemals das Haus des Herrschers niederreißen.“*



Marx Aktuell: Permanente Revolution

von Christoph Glaninger

In den letzten Jahrzehnten konnte man den Eindruck gewinnen, dass es einen langsamen Fortschritt Richtung Gleichberechtigung der LGBTQIA+ Community gibt – kombiniert mit dem Versprechen des Kapitalismus als Ende der Geschichte mit Gleichberechtigung, Demokratie und Freiheit. Aber die letzten Jahre und zunehmende Angriffe auf die queere Community von allen Seiten – von Trump bis Macron – haben diese Illusion zerstört. Der sogenannte „Rainbow Capitalism“ neigt sich dem Ende zu. Aber warum?

Marxist*innen wie Trotzki, Lenin oder Zetkin haben schon vor 100 Jahren herausgearbeitet, dass das kapitalistische System in der Krise unfähig ist, langfristig bürgerlich-demokratische Rechte sicherzustellen. Deshalb braucht es den Kampf um eine grundlegende Systemveränderung, um diese Rechte zu sichern. Das ist ein zentraler Aspekt von Trotzki's Theorie der „permanenten Revolution“. Schon Marx schrieb: *„Nicht die radikale Revolution ist utopischer Traum [...], nicht die allgemein menschliche Emanzipation, sondern vielmehr die teilweise, die nur politische Revolution, die Revolution, welche die Pfeiler des Hauses stehenläßt.“* Das gilt heute besonders für queere Befreiung. Ein Kapitalismus in der Krise ist stärker auf Konkurrenz, Spaltung, aber auch rechte Kräfte angewiesen. Die Krise im Care-Bereich macht es notwendig, dass mehr solche Arbeit zuhause geschieht – was traditionelle und damit queerfeindliche Geschlechterrollen stärkt. Die militaristische Zuspitzung stärkt Geschlechterrollen von Männern, die das Land verteidigen und Frauen, die künftige Soldat*innen und Arbeitskräfte gebären sollen. Der Kapitalismus in der Krise schafft überall die Grundlage für die Fortsetzung traditioneller Geschlechterrollen und damit der Diskriminierung. Eine echte queere Befreiung kann es nur durch eine Überwindung des Kapitalismus geben. Aber das bedeutet nicht, dass die Kämpfe gegen die Unterdrückung warten können – im Gegenteil: der Kampf um queere Befreiung ist ein essentieller Teil des Kampfes der gesamten Arbeiter*innenklasse um eine sozialistische Alternative.





Pride is a protest!

von **Christina Schilcher**

Zu feiern haben wir noch nichts – denn wie bereits Marsha P. Johnson (wichtige LGBTQIA+-Aktivistin rund um den Stonewall-Aufstand 1969) sagte: „Keinen Stolz (‘Pride’) für einige von uns ohne Befreiung für uns alle.“

Aufgrund all der jüngsten Entwicklungen sehen wir aktuell wieder eine stärkere Politisierung vor allem unter jungen Pride-Teilnehmer*innen. In Zeiten, in denen die herrschende Klasse auf Spaltung setzt, um die Arbeiter*innenklasse zu schwächen, muss es unsere Aufgabe sein, uns solidarisch zu zeigen und gemeinsam gegen jede Form von Unterdrückung zu kämpfen. Wir müssen Kämpfe verbinden – z. B. den Kampf um queere Rechte mit dem Kampf um die Ausfinanzierung des Gesundheitssystems, um u. a. den Zugang zu geschlechtsangleichenden Maßnahmen, aber auch zu kostenloser psychologischer Betreuung sicherzustellen. Denn vor allem queere Personen brauchen aufgrund der spezifischen Unterdrückung, die sie erfahren, oft psychologische Hilfestellungen, und Kürzungen in diesem Bereich treffen sie oft besonders hart. LGBTQIA+-Personen müssen außerdem höhere Hürden überwinden, um Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung zu erhalten – denn auch in diesem Bereich werden sie häufig diskriminiert. Es braucht mehr Budget und mehr Personal, aber auch Schulungsmaßnahmen für den Gesundheitsbereich, um für alle eine gute, hochqualitative Gesundheitsversorgung gewährleisten zu können.

Aufgrund der weltweiten Angriffe auf körperliche Selbstbestimmung ist es wichtig, global für die körperliche Selbstbestimmung aller Menschen zu kämpfen – für den flächendeckenden und kostenlosen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen, hürdenlosen Zugang zu Hormonersatztherapie und Pubertätsblockern für trans-Personen und Jugendliche usw. Genderqueeren Personen werden in vielen Ländern Hürden in den Weg gelegt, um z. B. ihr legales Geschlecht oder ihren Vornamen ändern zu lassen. In Österreich braucht man hierfür eine medizinische Diagnose, die drei Gutachten erfordert – dieser Prozess nimmt oft Jahre in Anspruch und erfordert, dass man von den involvierten Ärzt*innen als “trans genug” angesehen wird. Ist dies nicht der Fall, kann der Zugang zu geschlechtsangleichenden Maßnahmen verwehrt werden. Nicht-binäre Personen in Österreich müssen aktuell die Anerkennung ihrer Geschlechtsidentität einklagen. Die Einführung eines Selbstbestimmungsgesetzes nach Vorbild von Deutschland würde den Prozess der Änderung des legalen Geschlechts erheblich erleichtern und Hürden verringern – ein wichtiger erster Schritt. Bauen wir für diese Forderungen gezielte Mobilisierungen – auch abseits des Pride-Monats – auf!

Queere und migrantische Personen sind aufgrund ihrer Umstände häufig von Armut und unsicheren Wohnverhältnissen betroffen – wir müssen daher auch die Forderung nach leistbarem sozialem Wohnraum und einem Einkommen, von dem man leben kann, in den Kampf tragen. Personen, die von

mehrfacher spezifischer Unterdrückung betroffen sind, leiden oft noch mehr unter den ausbeuterischen und diskriminierenden Mechanismen des Kapitalismus. Anti-Rassismus muss daher ein wichtiger Faktor bei den kommenden Prides sein.

Wie kämpfen?

Ein Beispiel, wie es aussehen kann, verschiedene Kämpfe zu verbinden, sehen wir am Queer Liberation March, der 2020 in New York stattfand. Unsere US-Schwesterorganisation “Socialist Alternative” war Teil dieser Allianz und nahm mit einer Delegation gewerkschaftlicher Aktivist*innen aus dem Bereich Pflege, Automobilindustrie, Handel, Transport und Lehrer*innen teil. Es waren auch Beschäftigte – darunter auch “Socialist Alternative”-Aktivist*innen – der AIDS-Hilfe-Einrichtung “Housing Works” zentral an der Organisation dieser Pride beteiligt. Diese hatten sich zuvor erfolgreich für die gewerkschaftliche Organisation ihres Arbeitsplatzes eingesetzt.

Nur wenn wir es schaffen, Kämpfe zu verbinden, und gemeinsam für eine echte Veränderung im Sinne einer sozialistischen Systemalternative kämpfen, können wir gleiche Rechte und echte Befreiung für alle Menschen erreichen. Nutzen wir die Pride (und andere Aktionstage), um unsere Forderungen auf die Straße zu tragen, und machen wir klar, dass wir bereit sind zu kämpfen und keine Ruhe geben werden, bis wir ein gutes und sicheres Leben für alle erreicht haben!

Für antirassistische Kämpfe im Bildungsbereich!

von Sarah Moayeri,
Mittelschullehrerin

Die Ausweitung von DNA-Tests, auch unterstützt von der SPÖ, Hetz-Kampagnen gegen angebliche "Fake-Familien", der "Vorarlberger Kodex", den sich NEOS-Bildungslandesrat Wiederkehr in Wien zum Vorbild nehmen will: Die etablierten Parteien nutzen den Familiennachzug geflüchteter Menschen zynisch, um Rechte weiter zu beschneiden. Die Situation an Schulen, die in der Tat miserabel ist, wird genutzt, um Menschen gegeneinander auszuspielen. Obwohl seit November 2023 die Anzahl der Asyl-anträge aufgrund des rassistischen EU-Grenzregimes stetig gesunken ist, wird rassistisch Panik geschürt.

Fragiles Bildungssystem auf Kosten der Schwächsten

Warum fragt niemand, wie es sein kann, dass schon um die 300 Kinder pro Monat mehr (noch nicht einmal alle im Schuleintrittsalter) den Wiener Bildungsbereich angeblich "an den Rand des Kollaps" bringen? Der Ressourcen-, Platz- und Personalmangel an Schulen war schon vorher dramatisch, Kolleg*innen wurden massenhaft ins Burnout getrieben. Die Situation wird jetzt instrumentalisiert, um gegen Geflüchtete zu hetzen. Natürlich ist der Bildungsbereich unhaltbar – und diejenigen, die am meisten darunter leiden, sind Kinder und Jugendliche, die traumatisierende Fluchterfahrungen haben, kein Deutsch sprechen, in einer fremden und oft feindlichen Umgebung aufwachsen und nicht die Bildung bekommen, die ihnen zusteht. Die "Lösung" der Containerklassen ist nicht nur unsinnig, weil sie das Personal- und Ressourcenproblem nicht löst, sondern auch unmenschlich. Die Opposition gegen diese Klassen kommt oft von Rechts und ist rassistisch gefärbt, aber wir



Mehrsprachigkeit ist eine wichtige Ressource, um Deutsch zu lernen. Deutschpflicht an Schulen bzw. das Verbot, andere Sprachen zu sprechen, lässt Kinder verstummen und hat katastrophale psychische Auswirkungen.

Info

müssen aus einer antirassistischen Sicht gegen solche "Lösungen" kämpfen, weil sie allen Kindern, insbesondere geflüchteten, das Recht auf gute Bildungsumgebung und Lehrer*innen das Recht auf gute Arbeitsbedingungen nehmen.

Gemeinsame Kämpfe und Streiks an Schulen nötig

Kimberger (FCG/ÖVP) stimmt als Vorsitzender der Pflichtschullehrer*innengewerkschaft in die rassistische Hetze ein, anstatt einen Kampf um mehr Ressourcen zu organisieren. Er sagte in einem Interview: "Es ist nicht nur eine Frage der Sprachförderung, es geht auch um Demokratie und unsere Werte". Auch wenn das nicht überraschend ist, zeigt es, dass wir uns nur auf uns selbst verlassen können. Wir müssen den Bildungstagsaktionstag zum Anfang einer Offensive nehmen, um durch Streiks und Organisation die Dinge zu erkämpfen, die es im Interesse aller Schüler*innen, Beschäftigten

und Eltern braucht: Kleinere Klassen, mehr Personal für Alphabetisierung, psychologische Betreuung, Sozialarbeiter*innen, Schulgebäude, eine gemeinsame Pflichtschule für alle und mehr. So ein Kampf muss explizit antirassistische Forderungen, wie integrative Deutschförderung statt rassistisch-selektiver Deutschförderklassen aufstellen, denn der Mangel verstärkt Diskriminierung. Es gibt genug Geld, um die Ressourcen für gute Bildung für alle, besonders für die, die es am schwersten haben, zur Verfügung zu stellen: Die reichsten 5% in Österreich besitzen 53,5% des Vermögens, während Kinderarmut, von der geflüchtete Familien besonders betroffen sind, immer weiter zunimmt. FPÖ & Co lenken davon ab. Gegen ihre rassistische Hetze hilft nur ein Kampf im Bildungsbereich, der alle Betroffenen einschließt, sich den Reichtum und das Geld dort holt, wo er konzentriert ist und sich gegen ein System stellt, das Menschen zur Flucht zwingt.



100 Jahre „Frankfurter Schule“

von Sebastian Kugler

Am 22.6.1924 wurde das „Institut für Sozialforschung“ in Frankfurt eröffnet. Es begann als ein Projekt einer Gruppe junger marxistischer Intellektueller: nach dem Scheitern der Revolution aufgrund des Verrats der Sozialdemokratie, und angesichts der Degeneration der russischen Revolution zur Parteidiktatur, wollten sie einen Ort schaffen, um den Marxismus unabhängig zu studieren und weiterentwickeln.

Am Anfang arbeitete das Institut vor allem zur Geschichte des Marxismus. Mit David Rjazanov vom Marx-Engels-Institut in Moskau wurde z.B. die wichtige Schrift *Die Deutsche Ideologie* von Marx und Engels entdeckt und veröffentlicht. 1930 übernahm Max Horkheimer die Leitung und nannte das Projekt nun „Kritische Theorie“. Ins Zentrum rückte die Frage, warum die Arbeiter*innenklasse sich die Revolution stehlen hatte lassen – und warum sie nun dem aufstrebenden Faschismus so passiv gegenüberstand. Die Arbeiten des Instituts ließen nur den Schluss zu, dass die Klasse durch die reformistischen und stalinistischen Führungen gelähmt wurde – denn diese zogen „Parteisoldaten“ statt eigenständiger Aktivist*innen heran –, und dass die Lähmung angesichts des drohenden Faschismus in der Praxis aufgebrochen werden muss. Doch genau davor schreckten Horkheimer & Co. zurück.

Kritische Theorie ohne revolutionäre Praxis?

Das kritisierte der junge Revolutionär und Mitstreiter von Leo Trotzki, Walter

Held. 1939 lobte er Horkheimers Aufsätze für ihre theoretische Tiefe und für Analysen, „die uns wahrhaft aus dem Herzen gesprochen“ sind. Doch gleichzeitig deckte er die Schwäche Horkheimers und der Kritischen Theorie auf: „Während er in der Theorie die Notwendigkeit der Einheit von Theorie und Praxis anerkennt, verleugnet er dieselbe in der Praxis“. Als Horkheimer das las, nannte er es „das Beste, was ich seit je über uns gelesen habe.“ Die Kritik traf „ins Schwarze“. Doch aus Angst vor akademischer Isolation und Verfolgung durch westliche wie östliche Geheimdienste grenzte man sich von den Trotzki*innen ab, die tagtäglich ihr Leben riskierten. Sowohl Rjazanov als auch Held wurden von Stalins Regime wegen „Trotzkismus“ erschossen.

Weltkrieg und Holocaust verarbeiteten Horkheimer und sein Kollege Theodor Adorno in „Dialektik der Aufklärung“. Sie wollten zeigen, dass der faschistische und antisemitische Wahn nicht das Gegenteil der bürgerlichen Vernunft im Kapitalismus ist – sondern die Konsequenz ihrer inneren Widersprüche. Zwar hielten sie in verschlüsselter Sprache daran fest, dass nur die Arbeiter*innenklasse durch eine Revolution dem Leiden ein Ende setzen kann. Doch dafür sahen sie immer weniger Hoffnung. Sie konzentrierten sich auf Faktoren, die das Klassenbewusstsein behindern: Das Einsickern kapitalistischer Ideologie in alle Bereiche des Lebens, die Kulturindustrie, die Massenmedien – vor allem aber der erstarkte Staat, welcher im Nachkriegsaufschwung die Klassenwidersprüche milderte. Wie die meisten marxistischen Strömungen zu dieser Zeit

hatten sie die falsche Analyse, dass der Kapitalismus so seine Krisenhaftigkeit überwunden hätte – und dass deswegen zumindest auf absehbare Zeit von der Arbeiter*innenklasse keine Gefahr für ihn ausgehen würde.

Nach Frankfurt zurückgekehrt, passten sich Horkheimer und Adorno immer mehr der Staatsräson der BRD an und hielten ihre alten Schriften unter Verschluss. Sie verbreiteten sich dennoch in den Protestbewegungen der 1960er – bis es zum offenen Konflikt zwischen Studierenden und ihren geistigen Ziehv Vätern kam. Horkheimer verteidigte den US-Imperialismus, Adorno sah in den Protesten Ähnlichkeiten mit faschistischen Mobs. Nur Herbert Marcuse stellte sich an die Seite der Studierenden- und Frauenbewegung sowie der antikolonialen Bewegungen. Doch auch seine Beiträge litten unter der falschen Analyse, dass es auf der ökonomischen Ebene zu keinen größeren Kämpfen kommen werde.

Heute präsentieren sich sogenannte „Antideutsche“ als die Erben der Kritischen Theorie – tatsächlich knüpfen sie nur an deren Schwachpunkte an und verfälschen die Theorie, um ihrer absurden Politik (z.B. die Unterstützung der rechtsextremen israelischen Regierung im Namen des Kampfes gegen Antisemitismus) einen linken Anstrich zu geben. Sie könnten nicht weiter weg von den marxistischen Wurzeln der „Frankfurter Schule“ sein. Deren am Anfang stehende Fragen nach Entwicklung und Hemmung von Klassenbewusstsein sind jedoch heute noch aktuell – beantworten können wir sie nur durch die Einheit von Theorie und Praxis.

Bosnien und Herzegowina: der Balkan im ständigen Umbruch

von Bianca Boros

Die politische Frage zu Bosnien und Herzegowina (BiH) gehört zu einer der kompliziertesten Fragen in Bezug auf den europäischen Imperialismus heute. Lenins Analysen in „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ sind dabei hilfreich: *„So verschieden die Abhängigkeit der Länder sein kann, wie politisch formal sie auch bestehen mögen – in Wirklichkeit sind sie in einem Netz finanzieller und diplomatischer Abhängigkeit gefangen.“* Das gilt auch für BiH.

Im März 2024 empfahl die EU-Kommission Beitrittsverhandlungen mit dem Westbalkan-Staat. Zentral bei den Verhandlungen ist die Situation um die EU-Außengrenzen und damit auch die Flüchtlingspolitik. Die EU bemüht sich um den Ausbau ihres Einflusses am Balkan. Der Imperialismus wirkt im BiH heute nicht mehr als klassischer Kolonialismus, sondern viel mehr über aufgezwungene, ökonomische Abhängigkeit: Was sich früher durch militärische Besetzung des osmanischen Reiches oder der Habsburger-Monarchie zu eigen gemacht wurde, wird heute von 200 österreichischen Unternehmen, saudischen und russischen Infrastrukturprojekten und den Einflüssen regionaler, nationalistischer Parteien kontrolliert. Wo sie sich bereichern, schauen die Menschen durch die Finger: Die Arbeitslosenrate liegt seit 3 Jahren konstant bei über 30%, die Jugendarbeitslosigkeit bei 60%! Einer UN-Statistik aus 2020 zur Folge wird die bosnisch-herzegowinische Bevölkerung durch Abwanderung bis 2050 um 50% schrumpfen.

Die politischen Gegebenheiten heute sind das Erbe aus der Zeit Jugoslawiens, der verpassten Chance einer sozialistischen Föderation. Nach einer einmaligen Partisan*innenbewegung

im Kampf gegen den Faschismus im Zweiten Weltkrieg, wurde Jugoslawien zu einem Sonderfall eines Vielvölkerstaates, wo in den 1960er-Jahren den verschiedenen Ethnien Minderheitenrechte zugesprochen wurden und die Wirtschaft florierte. Der Druck aus dem Ausland und die Eigeninteressen der korrupten Bürokratie führten zu einer wirtschaftlichen Sackgasse. Die Reaktion der Regierenden in den Teilrepubliken war die Hinwendung zum Nationalismus, um von den Krisen abzulenken. Die Folge: ein Genozid mit 100.000 Toten. Diese nationalistische Wende war nicht widerstandslos. Viele Menschen lebten Solidarität und Gemeinschaft über die Grenzen der Volksgruppen hinweg, vor dem Krieg gab es aber auch eine große Friedensbewegung und gemeinsamen Widerstand gegen nationalistische Spaltung.

Unabhängigkeit: Set up to fail?

Was nach dem Krieg auch heute noch in BiH zurückbleibt, ist eine Krise, die nach wie vor ethno-nationalistischen, neofaschistischen und imperialen Kräften aus Russland, China und Saudi-Arabien, aber auch Österreich den Weg für ihren Einfluss ebnet. Praktisch alle wichtigen Wirtschaftszweige des Landes stehen unter ausländischer Kontrolle.

Milorad Dodik, der Präsident der Republika Srpska in BiH leugnet den Genozid in Srebrenica und fordert den Aufbau eines Großreiches für Serbien. Das Friedensabkommen von Dayton 1995 hat einen „Hohen Repräsentanten“ für BiH festgesetzt, um für politische Stabilität zu sorgen. Der deutsche CSU-Politiker Christian Schmidt ist als ihr Repräsentant Teil der bosnisch-herzegowinischen Staatsgewalt und kann ohne Unterstützung vom Parlament Gesetze erlassen und Behörden bewachen. 2022 änderte er damit zwei Gesetze: Er erhöhte

Politiker*innengehälter und stellte kroatische und serbische Politiker*innen in BiH besser. Das sind konkrete Beispiele für die direkten, neokolonialen Ansprüche in BiH.

Was braucht es?

Die Dominanz des Imperialismus, der ausländischen Konzerne, korrupten, nationalen Herrschenden und die von ihnen unterstützten ethnischen Konflikte können nur durch eine Arbeiter*innenbewegung von unten überwunden werden, die auch die Wahrung von echten Minderheitenrechten aufbauen kann. Beispiele für solches Potential haben wir 2023 gesehen: Proteste für höhere Löhne der Gesundheitsbediensteten in Sarajevo, Demonstrationen in Banja Luka mit derselben Forderung im öffentlichen Dienst. Auch im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt demonstrieren Frauen gegen die jüngsten Femizide.

Beim „bosnischen Frühling“ 2014 haben die Arbeiter*innen verschiedener Fabriken in Tuzla, Sarajevo, Mostar und anderen kleineren Städten nach etlichen Jahren an Streiks für ihre Rechte gekämpft: Ihnen wurde über Monate, teilweise Jahre hinweg weder Lohn noch Sozialversicherung bezahlt. Arbeitslose, Pensionist*innen, Student*innen und die Arbeiter*innen organisierten Plenarsitzungen, um Forderungen an die Politik zu stellen. Ein Arbeiter der Fabrik in Tuzla sagte damals im Plenum: „Wir sind nicht wie die Politiker*innen, sie trennen die Leute. Wir, die Arbeiter*innen sind von verschiedenen Nationen und Ethnien, aber wir sind alle vereint.“ Die gemeinsame Organisation zeigt Potential und Notwendigkeit einer geeinten Arbeiter*innenklasse für eine bessere Zukunft in BiH, aber auch international.



Wahlen in Indien: Niemand von den Obriegen!

Wir veröffentlichen eine gekürzte Version der Stellungnahme unserer indischen Schwesterorganisation, Socialist Alternative India.

Seit die Bharatiya Janata Party (BJP) unter Narendra Modi 2014 an die Macht kam, prägt die Hindutva-Ideologie die Politik Indiens. Gewalt gegen religiöse Minderheiten ist alltäglich geworden. Nach ihrer Wiederwahl 2019 verstärkte die BJP die Unterdrückung unabhängiger Medien und der Zivilgesellschaft. Die Privatisierung der Wirtschaft begünstigt Industrielle wie Adani und Ambani, während die Arbeiter*innenklasse leidet. Inflation und Arbeitslosigkeit sind hoch, und die soziale Kluft wächst. Mittel für Bildung und Gesundheit werden zugunsten religiöser Projekte wie dem Ayodhya-Tempel umgeleitet.

Ethno-Nationalismus und staatliche Komplizenschaft

Modi nutzt populistische Rhetorik und Ethno-Nationalismus, um Wahlerfolge zu sichern. Staatliche Institutionen wie Justiz und Polizei setzen die Worte in Taten um. Angriffe hinduistischer Extremist*innen auf Muslim*innen und Christ*innen führen oft zur Verhaftung der Opfer, während die Täter*innen straflos bleiben. Gesetze wie die „Love Jihad“-Regelungen in BJP-regierten Staaten erschweren interreligiöse Ehen und verstoßen gegen die Verfassung. „Anti-Romeo“-Kommandos und Lynchmorde sind alltäglich. Gewalt gegen Frauen hat zugenommen, beeinflusst durch Fälle

wie Bilkis Banu in Gujarat. Öffentliche Figuren wie Arundhati Roy und Umar Khalid, die die Regierung kritisieren, werden mit falschen Anklagen konfrontiert. Auch Oppositionspolitiker*innen wie Rahul Gandhi und Arvind Kejriwal sind Zielscheiben. Die rechte Politik hat Justiz und Polizei infiltriert. Der Wahlsieg der BJP in vier Bundesstaaten zeigt den wachsenden Einfluss hinduistischer Nationalist*innen, angetrieben durch rassistische Hetze und ominöse Geldquellen. Indien läuft auf Gefahr, sich auf eine theokratische und autokratische Staatlichkeit zuzubewegen.

Schwächen der Opposition und Widerstand

Die Oppositionsparteien enttäuschen weiterhin, da sie glauben, sie könnten durch geringfügig weniger Korruption als die BJP gewinnen. Verrat und Korruption prägen die Opposition. Keine Partei, außer der Dravida Munnetra Kazhagam (DMK), hat sich von der Ayodhya-Mandir-Hassparade distanziert. Auch die INDIA-Allianz bietet keine echte Alternative. Daher rufen wir unsere Unterstützer*innen auf, 2024 „None Of The Above“ (NOTA - „Niemand von den Obriegen“) zu wählen - die Wahlmöglichkeit in Indien, um gegen alle verfügbaren Kandidat*innen zu stimmen.

Eine Massenbewegung gegen Korruption ist schon längst überfällig - Wahlbetrug und Stimmenkauf sind weit verbreitet. Die Suspendierung von 141 Abgeordneten untergrub das Vertrauen in die repräsentative Macht der

Öffentlichkeit. Zusätzlich ermöglicht das System der Wahlobligationen Spenden großer Geldgeber*innen und Steuergelder werden z.B. für Waffen- und Arbeitskräfte-Abkommen mit Israel verwendet.

Trotz brutaler Repression hat die indische Arbeiter*innenklasse nicht aufgehört zu kämpfen. Proteste zwingen Modi zu Zugeständnissen. Der Kampf von unten ist die Antwort und wir müssen jetzt für eine sozialistische Alternative kämpfen! Nur eine vereinte Arbeiter*innenklasse kann eine sozialistische Zukunft schaffen und der Korruption und Unterdrückung ein Ende setzen!

Wir sagen

- » **Nieder mit der BJP und ihrem Hindutva-Programm.**
- » **Kein Vertrauen in die INDIA-Allianz.**
- » **Schluss mit Wahlbetrug und Wähler*inneneinschüchterung!**
- » **Ende des Wahlobligationssystems!**
- » **Freilassung aller politischen Gefangenen!**
- » **Rechenschaftspflicht aller Parteien!**
- » **Ende der Waffen- und Arbeitskräfte-Abkommen mit Israel!**
- » **Eine einheitliche Massenbewegung von unten zur Durchsetzung dieser Forderungen!**

Studierende in weltweiter Solidarität mit Gaza

von Andrea Gasperlmair

Die mörderische Bodenoffensive der israelischen Regierung in Rafah – eine Stadt in der mittlerweile 1,5 Mio vertriebene Palästinenser*innen in Zelten hausen – stieß auf massiven Widerstand, besonders unter Studierenden. Nachdem ein Protestcamp an der Columbia University in New York von der Polizei gewaltvoll geräumt wurde, wurde die Wut über die Repression und das Massaker in Gaza weiter entfacht. Gerade entsteht eine regelrechte Studierendenbewegung an Unis auf allen Kontinenten, die größte Antikriegs-Bewegung seit dem Irak-Krieg in den 00er Jahren. Die ISA und sozialistisch-feministische Initiative ROSA unterstützen diese Proteste und rufen insbesondere Lehrpersonal sowie die Gewerkschaften dazu auf, sich anzuschließen!

Die Proteste wuchsen auch in Österreich an: Am Campus der Uni Wien



bauten Studierende ein Protestcamp auf und forderten u.a. die Demilitarisierung der Uni, die Offenlegung aller Investitionen und Kooperationen, und das sofortige Divestment von all jenen Ausgaben, die zum brutalen Massaker im Gazastreifen beitragen. ROSA-Aktivist*innen waren jeden Tag auf dem Camp und zeigten sich solidarisch, verteilten Flyer, riefen Lehrpersonal dazu auf, das Camp zu unterstützen und organisierten ein eigenes Vernetzungstreffen an der Uni Wien. Nach drei Tagen wurde das Camp mitten in der Nacht von der Wiener Polizei geräumt, Gegenproteste hielten bis in den Morgen an. Die Repression gegen Palästina-Solidarität ist weltweit zu beobachten: In Paris und Amsterdam

z.B. erfuhren Protestierende extreme Polizeigewalt. Doch die Bewegung kann schon jetzt kleine Erfolge verzeichnen: Die Trinity Universität in Dublin hat eine Erklärung veröffentlicht, dass sie sich von Investitionen in den besetzten Gebieten trennen, eine Arbeitsgruppe zur Überprüfung der akademischen Beziehungen zu israelischen akademischen Einrichtungen bilden und palästinensische Forscher*innen durch Stipendien unterstützen wird – all dies wurde durch die Kämpfe der Studierenden, darunter Aktivist*innen von ROSA und ISA Irland (Socialist Party), und die große Unterstützung der Öffentlichkeit und dem Lehrpersonal an der Universität erreicht.

Nächste Schritte: Kämpfe verbinden!

Weltweit werden junge Menschen, Studierende und Beschäftigte, die sich gegen das Blutbad in Gaza und für einen sofortigen Waffenstillstand einsetzen, diffamiert. Besonders an Schulen haben antimuslimischer Rassismus und Repressionen gegen Schüler*innen und Lehrpersonen, die nicht stillschweigend zusehen wollen und können – viele von ihnen haben selbst Wurzeln oder Verwandte in der Region und sind direkt betroffen – massiv zugenommen.

Deshalb muss der nächste Schritt sein, die Arbeitskämpfe im ohnehin schon prekären Bildungsbereich mit der internationalen Anti-Kriegs-Bewegung

zu verbinden! Denn dieselben Regierungen, die für den dramatischen Personal- und Ressourcenmangel im Bildungsbereich verantwortlich ist, richten ihre rassistische Hetze gegen Migrant*innen und muslimische Schüler*innen. Vermehrt im Bildungsbereich, aber auch in anderen migrantisierten und frauendominierten Branchen ist das zu beobachten. Gewerkschaften müssen sich endlich gegen den Rassismus an Bildungseinrichtungen und am Arbeitsplatz sowie gegen das Massaker in Gaza stellen! Die US-amerikanische Gewerkschaft „United Auto Workers“ (UAW) macht es vor: Sie vereinen ihren Kampf für bessere

Löhne und Arbeitsbedingungen mit der Forderung und den Protesten für einen dauerhaften Waffenstillstand und einen „Alle für Alle“-Deal.

Unsere Aufgabe als Studierende und Beschäftigte ist es aber auch, nicht die Untätigkeit der Gewerkschaftsführungen abzuwarten, sondern international Druck von unten dafür aufzubauen, in Form von selbstorganisierten Streiks, Betriebs- und Unibesetzungen und Walkouts. Hoch die internationale Solidarität!

ISA in Israel/Palästina: socialism.org.il

Anarchismus Demokratie Dialektik Faschismus Gewerkschaft
 Imperialismus Internationalismus Kapitalismus Klasse Ökologie Partei
 Permanente Revolution Rassismus Reformismus Stalinismus
 Übergangsmethode Anarchismus Demokratie Dialektik Faschismus
 Internationalismus Kapitalismus Klasse
 Revolution Rassismus Reformismus
 Anarchismus Demokratie Dialektik

ABC des Marxismus:

Anarchismus

von Sebastian Kugler

Welche Gemeinsamkeiten und welche Unterschiede gibt es zwischen Anarchismus und Marxismus? Und welche Bedeutung hat das für die aktuelle Frage, wie wir uns organisieren können, um kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung zu bekämpfen und zu überwinden?

Das widerspruchsvolle Verhältnis von Marxismus und Anarchismus geht auf Debatten in der Arbeiter*innenbewegung des 19. Jahrhunderts zurück. Damals waren Marx und Bakunin (der zentrale Stichwortgeber des Anarchismus) wichtige Figuren der "Internationalen Arbeiter-Assoziation" – der ersten internationalen, revolutionär-antikapitalistischen Organisation.

Wer ist hier autoritär?

Doch schon bald taten sich Differenzen auf, vor allem zur Frage der Organisation: Marx und seine Mitstreiter*innen argumentierten dafür, jeden konkreten "innersystemischen" Kampf zu unterstützen, z.B. für höhere Löhne oder gleiche Rechte. Ihr Argument war, dass auf diese Weise die Arbeiter*innenklasse ihre eigene Macht erfahren würde und sich selbst befreien könnte. Die revolutionäre Organisation verstanden sie als den Ort, an dem die entschlossensten und fortgeschrittensten Arbeiter*innen sich (wenn möglich legal) organisieren konnten, um den Kämpfen der breiteren Klasse eine revolutionäre Perspektive zu geben. Bakunin lehnte dies

ab. Er und andere sahen darin nur eine Festigung des Systems. Stattdessen setzten sie auf revolutionäre Zirkel, die im Geheimen arbeiten und aus dem Untergrund mit gezielten Aktionen ("Propaganda der Tat") Aufstände anzetteln sollten.

Bakunins Organisationskonzept, mit dem ja auch heutige "autonome" Strukturen viel gemeinsam haben, war für Marx elitär und autoritär: eine kleine, verschworene Gruppe erledigt die Befreiung der Massen stellvertretend für diese. Marx kritisierte, dass in so einer Vorstellung die Massen nur "als Kanonenfutter" existierten, während die Anarchist*innen die Revolution "monopolisierten". Diese Kritik ist heute hochaktuell: den elitären Zugang des Anarchismus erkennt man schon in den "schwarzen Blocks" auf Demos. Diese Blocks wirken aktiv ausschließend – sie stellen schon durch ihr Auftreten klar, dass sie nicht auf der Demo sind, um neue Menschen anzusprechen, zu überzeugen und einzubinden. Während sich solche Strukturen antiautoritär und basisdemokratisch präsentieren, laufen ihre Organisations- und Aktionsformen auf einen Ausschluss des größten Teils der Arbeiter*innenklasse hinaus.

Die Frage des Staats

Die Differenzen in Fragen der Organisation verweisen aber auch auf tiefere theoretische Unterschiede. Dass heutige Autonome sich bei gefühlt jeder Gelegenheit mit der Polizei anlegen wollen – egal ob dies gerade notwendig ist oder nicht –, hängt damit

zusammen, dass der Anarchismus seit Bakunin auf die Frage des Staats fixiert ist: Die Existenz des Staates sei das Grundübel, mit seiner Zerschlagung würden Ausbeutung und Unterdrückung verschwinden. Auch Marxist*innen wollen eine Gesellschaft ohne Staat. So schreibt Leo Trotzki:

"Die Marxisten sind sich mit den Anarchisten bezüglich des Endzieles, der Liquidierung des Staates, vollkommen einig. Der Marxismus bleibt „staatlich“ nur, soweit die Liquidierung des Staates nicht vermittels der einfachen Ignorierung des Staates erreicht werden kann."

Damit meint er, dass für Marxist*innen die Existenz des Staates ein Symptom dafür ist, dass die Gesellschaft in ausbeutende und unterdrückte Klassen gespalten ist – der Staat ist eine Konstruktion, um diese Klassenspaltung einerseits aufrechtzuerhalten, andererseits um sie so zu regulieren, dass die Gesellschaft nicht an diesem Widerspruch der Klassen zusammenbricht.

Die Schlussfolgerung ist, dass man den Staat nicht einfach "abschaffen" kann. Er kann nur in dem Maße "absterben", in dem es gelingt, im Zuge revolutionärer Prozesse eine klassenlose Gesellschaft aufzubauen. Die Revolution, die Zerschlagung der alten, unterdrückerischen Staatsmaschinerie, ist dafür nur der erste Schritt. Somit fasst Marx zusammen:

"Alle Sozialisten verstehen unter Anarchie dieses: Ist einmal das Ziel der proletarischen Bewegung, die Abschaffung der Klassen erreicht, so verschwindet die Gewalt des Staates."

- » Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- » Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- » Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- » Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- » Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von Österreicher*innen und Migrant*innen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- » Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- » Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- » Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle.
- » Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- » Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- » Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für Migrant*innen, Gewerkschafter*innen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- » SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine Stellvertreter*innenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für Arbeiter*innen, Arbeitslose & Jugendliche, deren Vertreter*innen keine Privilegien haben.
- » Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der Arbeiter*innenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- » Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- » Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- » Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die Arbeiter*innenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

**UNTERSTÜTZE UNS
MIT EINER SPENDE!**



**VORWÄRTS
ABONNIEREN!**

Vorwärts-Abo: 30€ | Sozial-Abo: 20€ (für Menschen ohne eigenes Einkommen)

All-Inclusive-Abo: 7€/Monat (Zeitung + alle Publikationen der ISA Österreich)

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 323 | 06/2024 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei



**RECHTE POLITIK BEKÄMPFEN:
AUF DER STRASSE,
IN SCHULEN, UNIS
& BETRIEBEN!**

AUS DEM INHALT

» Die **katastrophalen Zustände im Bildungssystem** werden für rassistische Hetze instrumentalisiert. Wie wir dagegen kämpfen können **Seiten 7+13**

» Eine Stellungnahme indischer Sozialist*innen zu den **Wahlen in Indien** und Perspektiven für den Widerstand gegen Modi **Seite 16**

» **Ein Jahr Andi Babler** an der SPÖ-Spitze: Über anfänglichen Enthusiasmus, enttäuschte Hoffnungen und einen Weg nach vorne für die Linke **Seite 4**